

## Politik & Wirtschaft

# Bauern sollen Geld erhalten, wenn Felder mit «Ewigkeitschemikalien» belastet sind

**Landwirtschaft** PFAS-Chemikalien, die sich nur sehr langsam zersetzen, belasten Böden, Bäche, Milch, Fleisch und Fische. Politiker von links bis rechts fordern nun im Parlament rasches Handeln. Darunter auch Soforthilfen für Bauern.

Cyrill Pinto

Als 2020 in Goldach bei St. Gallen rund 2,7 Tonnen Löschschaum ins Abwasser gelangten, schien dies zunächst ein lokales Problem. Doch der Schaum enthielt per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen, sogenannte PFAS. Das sind Chemikalien, die sich nur sehr langsam zersetzen und sich im Boden, im Wasser und schliesslich in Lebensmitteln anreichern. In Goldach gelangte PFAS-haltiger Löschschaum in den Bodensee.

Eine Studie des Kantons St. Gallen zeigte, wie sich die Chemikalie schliesslich in Gewässern anreicherte. In drei Vierteln der untersuchten Bäche und Flüsse überschritt die Perfluorocantansulfonsäure (PFOS), die zur Stoffgruppe der PFAS gehört, den Grenzwert – mit Risiken für fischfressende Vögel und Säugetiere. Auch in allen untersuchten Wildfischen wurden PFAS nachgewiesen. In einzelnen Hechten aus dem Bodensee waren die gesetzlichen Höchstwerte überschritten.

2024 stellte der Kanton St. Gallen auch beim Fleisch von Rindern und in der Milch von Kühen erhöhte Werte fest – ein Verkaufsverbot wurde in Aussicht gestellt. Die Behörden vermuteten, dass die Chemikalien via belasteter Klärschlamm auf die Weiden gelangten. Der Schlamm von der Abwasserreinigung wurde früher als Dünger verwendet. In der Folge wurden die Stoffe nicht nur im Fleisch der Tiere, sondern auch in Milchproben nachgewiesen.

**Vorstösse kommen auch von Mitte, FDP und SVP**

Der Skandal in St. Gallen führte schliesslich dazu, dass die PFAS-Chemikalien auch im nationalen Parlament ein Thema wurden. Denn nicht nur St. Gallen war betroffen. In praktisch allen Kantonen sind PFAS ein Problem.

Gestern diskutierte der Nationalrat eine ganze Reihe von möglichen Ansätzen. Nicht nur Links-Grün hatte Vorstösse eingereicht, sondern auch Politiker der FDP und der bauernnahen SVP. Der St. Galler SVP-Nationalrat Mike



Die Idylle kann trügerisch sein: Durch das Ausbringen von Klärschlamm gelangten PFAS auf Weiden in der ganzen Schweiz. Foto: Imago

Egger forderte etwa, dass der Bund die betroffenen Bauernhöfe unterstützt. Diese seien durch Vermarktungsverbote und andere kostspielige Massnahmen stark belastet – obwohl die Ursachen der Kontamination im jahrzehntelangen Einsatz von PFAS in Industrie und Konsumgütern lägen. Egger verlangte finanzielle Soforthilfen, Beratung, Beiträge für Investitionen sowie Entschädigungen für Wertverluste von Böden, Quellen und Kulturen.

Der Bundesrat anerkennt die Dringlichkeit. Es liefen aber schon verschiedene Prüfaufträge aus dem Parlament, schreibt das zuständige Umweltdeparte-

ment von Albert Rösti (SVP). Ein zusätzlicher Auftrag, wie ihn Egger fordert, würde Doppelspurigkeiten erzeugen und die Arbeiten verzögern.

Davon liess sich der Nationalrat aber nicht abhalten: Mithilfe von Links-Grün wurde Eggers Vorstoss mit 137 zu 53 Stimmen angenommen.

Seitens der Grünen forderte Marionna Schlatter eine Abgabe auf sämtliche PFAS an der Quelle. Mit dem Geld will die Nationalrätin einen Fonds speisen, um die Kosten für Trinkwasseraufbereitung, Sanierungen und Schutzmassnahmen zu decken. «PFAS ist ein Querschnittsthema

– es betrifft Landwirtschaft, Industrie, Umwelt und Gesundheit gleichermassen», sagt Schlatter. «Die öffentliche Hand wird in den nächsten Jahrzehnten enorme Kosten tragen müssen. Trinkwasserversorger etwa müssen ihre Anlagen aufrüsten, um PFAS herauszufiltern – das geht in die Milliarden.» Dieses Geld habe der Bund nicht, darum müsse das Verursacherprinzip gelten.

Schlatter kritisiert, dass der Bundesrat beim Thema bremse. Gerade in der Landwirtschaft würden weiterhin grosse Mengen PFAS in Umlauf gebracht – in Form von PFAS-haltigen Pflanzenschutzmitteln. Damit

drang sie nicht durch: Der Rat lehnte ihren Vorstoss mit 122 zu 74 Stimmen ab.

**Chemie: Nicht alle PFAS in einen Topf werfen**

Gegen schärfere Gesetze hat sich der Branchenverband Scienceindustries eingesetzt: PFAS seien eine «sehr grosse und nicht einheitliche Stoffgruppe». Zahlreiche Verbindungen seien ökologisch und toxikologisch unbedenklich, viele – darunter etwa Medikamente – liessen sich nicht ersetzen, «ohne gravierende gesellschaftliche Nachteile in Kauf zu nehmen». Die Vorstösse zur Einschränkung von PFAS igno-

rierten diesen Nutzen, heisst es in einem Schreiben, das der Dachverband der Chemieindustrie vor der Parlamentsdebatte versandte. Die pauschal unterstellten Risiken seien «für sehr viele PFAS wissenschaftlich nicht belegt».

Umweltminister Rösti seinerseits betonte gestern im Rat, dass der Bundesrat das Problem anerkenne und bereits daran arbeite. So sollen die Schweizer Grenzwerte an die europäischen Regelungen angepasst werden – auch mit Blick darauf, dass die Landwirtschaft ihre Produkte weiterhin in die EU exportieren kann.

**Bundesrat arbeitet an «breitem Massnahmenmix»**

Dazu gehört auch eine befristete Regelung, die den Verkauf von PFAS-belasteten Lebensmitteln aus betroffenen Betrieben temporär ermöglicht. Und: Rösti arbeitet derzeit an einem Bericht zu verbindlichen PFAS-Absenkpfeifen. Der Umweltminister redet von einem «breiten Massnahmenmix». Er lehnt die meisten neuen Vorstösse ab – nicht, weil er die Anliegen nicht ernst nehme, «sondern um Doppelspurigkeiten zu vermeiden».

Der Rat folgte dem Bundesrat allerdings nur teilweise. Neben Mike Eggers Vorstoss zugunsten der Bauern sprach er sich auch für eine Deklarationspflicht von PFAS und für die Förderung von PFAS-Alternativen aus.

Im Kanton St. Gallen wurde die Debatte im Nationalrat gespannt verfolgt. Ein Sprecher sagt: Man sei im Fokus, weil man früh gehandelt habe und als einer der ersten Kantone Lebensmittel konsequent auf ihre PFAS-Belastung untersucht habe. Doch auch andere Kantone seien betroffen, ein einheitliches Vorgehen sei deshalb aus St. Galler Sicht zentral.

Als Sofortmassnahme mussten betroffene St. Galler Bauernhöfe etwa von belastetem Quell auf unbelastetes Trinkwasser für ihre Tiere umstellen. Ein Verkaufsverbot für Fleisch sei bisher nicht erlassen worden. Und für Milch bestehe derzeit kein Grenzwert, sagt der Sprecher.